

Alternativantrag

der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

zu dem Antrag der Fraktion der AfD

Ausufernde Ausländerkriminalität bekämpfen — Realität anerkennen, Untätigkeit in Kombination mit ideologischer Verblendung beenden

- Drucksache 8/1038

Innere Sicherheit stärken – Für eine faktenbasierte Kriminalitätsbekämpfung in Thüringen

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. die innere Sicherheit in Thüringen höchste politische Priorität verdient und alle Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung auf einer soliden faktischen Grundlage sowie unter strikter Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien erfolgen müssen;
2. eine differenzierte Betrachtung der Kriminalstatistik stattfindet und erforderlich ist. Während die absolute Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger bei bestimmten Delikten gestiegen ist und der Anteil insbesondere bei jungen ausländischen Tatverdächtigen hoch ist, muss diese Entwicklung auch im Kontext des erheblichen Bevölkerungswachstums nichtdeutscher Staatsangehöriger bewertet werden. Gleichzeitig ist die Gesamtkriminalität in Thüringen gesunken, was eine ausgewogene Einschätzung der Sicherheitslage erfordert;

II. Der Landtag erkennt an, dass

1. die Thüringer Polizei bestmöglich ausgestattet werden muss, um ihrer Aufgabe der Kriminalitätsbekämpfung nachzukommen. Dies umfasst eine angemessene personelle und materielle Ausstattung sowie moderne Technik und Schutzausrüstung. Die Polizeiausbildung muss fachlich fundiert bleiben. Pauschale Vorwürfe der "ideologischen Beeinflussung" gegen unsere Polizistinnen und Polizisten weist der Landtag entschieden zurück;
2. die konsequente Durchsetzung geltenden Rechts, einschließlich der Abschiebung ausreisepflichtiger Straftäter, unverzichtbar ist. Diese Maßnahmen müssen unter strikter Beachtung der Rechtsweggarantie erfolgen. Schnellverfahren ohne ordnungsgemäße Prüfung lehnt der Landtag ab.

III. Der Thüringer Landtag bittet die Landesregierung,

1. die personelle und materielle Ausstattung der Thüringer Polizei weiterhin bedarfsgerecht zu verbessern, wobei moderne Technik und Schutzausrüstung Priorität haben. Die Personalstärke ist entsprechend dem tatsächlichen Bedarf zu erhöhen;
2. Die Justiz durch zusätzliche Richter- und Staatsanwaltsstellen zu stärken, um Strafverfahren zu beschleunigen und die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates zu wahren;
3. Abschiebungen ausreisepflichtiger Straftäter konsequent, aber rechtsstaatskonform durchzuführen. Dabei sind alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, ohne verfassungsrechtliche Verfahrensgarantien zu missachten.
4. ungeachtet der Frage der Ausländerkriminalität, sich auf Bundesebene weiterhin für eine geordnete Migrationspolitik einzusetzen, die zwischen Schutzbedürftigkeit und Erwerbsmigration unterscheidet und illegale Einwanderung verhindert. Dies schließt wirksame Grenzkontrollen und die Durchsetzung der Dublin-Verordnung ein.
5. weiterhin eine transparente Kommunikation über Kriminalitätsstatistiken sicherzustellen, die weder verharmlost noch dramatisiert, sondern sachlich und im demografischen Kontext bewertet.
6. Präventionsprogramme regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Zielgenauigkeit zu überprüfen. Bewährte Ansätze der Kriminalitätsprävention sind zu stärken.

Begründung:

Eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik erfordert eine sachliche Analyse der Problemlagen ohne ideologische Verzerrungen in jede Richtung. Wir stehen für eine Politik, die sowohl den Schutz der Bevölkerung gewährleistet als auch rechtsstaatliche Prinzipien wahrt. Statistiken müssen im Kontext demografischer Entwicklungen betrachtet werden, um zu sachgerechten Schlussfolgerungen zu gelangen. Gleichzeitig darf der Respekt vor der verfassungsmäßigen Ordnung und den Grundrechten nicht der politischen Opportunität geopfert werden.

Die Thüringer Polizei verdient gesellschaftliche Anerkennung, Unterstützung und politische Rückendeckung, aber keine pauschalen Vorwürfe oder verfassungswidrigen Eingriffe in ihre fachliche Arbeit. Eine wirksame Kriminalitätsprävention setzt an den tatsächlichen Ursachen an und erfolgt unter Beachtung rechtsstaatlicher Verfahren.

Für die Fraktionen:



CDU



BSW



SPD